



Sachstandsmitteilung Nr.:	055/2025	Datum:	19.03.2025
Beratungsart:	<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich	

Beratungsfolge			
Nr.		Stadtvertretung / Fachausschuss	Sitzungstag
1		Ausschuss für Soziales, Sport und Kultur	
2		Bildungsausschuss	
3		Ausschuss für Umwelt und Verkehr	
4		Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauwesen	
5		Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, öffentliche Sicherheit und Digitalisierung	
6	x	Hauptausschuss	24.03.2025
7	x	Stadtvertretung	31.03.2025

nachrichtlich: Junger Rat

Schluss- und Mitzeichnungen			
gez. Th. Haß	gez. Hansen	gez. Domke	
Bürgermeister	Büroleiterin	Amtsleitung	Sachbearbeitung

1. **TOP:** Information zu den Regelungen der Fehlbetrags- und Sonderbedarfsszuweisungen gem. § 17 und § 18 Finanzausgleichsgesetz (FAG)

2. Sachstand:

Diese Sachstandsmitteilung informiert über einen möglichen Antrag auf Fehlbetragszuweisung nach § 17 FAG und über die zukünftige mögliche Anwendung des § 18 FAG gem. Verfahrenserlass zur Gewährung von Fehlbetrags- und Sonderbedarfsszuweisungen vom 17.03.2025.

Die derzeitige Haushaltslage wird von strukturellen Problemen bestimmt, die aus Sicht der Verwaltung nur bedingt durch eigene Anstrengungen gelöst werden können, daher sind die letzten beiden Haushalte der Stadt Schwentidental defizitär gewesen. Die Landesregierung sieht neben dem kommunalen Finanzausgleich für defizitäre Kommunen die Möglichkeit vor, dass im Antragsverfahren Fehlbetragszuweisungen nach § 17 FAG ermöglicht werden.

Die einzigen Voraussetzungen für den Erhalt einer Fehlbetragszuweisung sind derzeit die Einhaltung der Mindesthebesätze nach Transparenzregister für:

1. Grundsteuer A (in Höhe von 387% für Schwentinental),
2. Grundsteuer B (in Höhe von 532% für Schwentinental) und
3. Gewerbesteuer in Höhe von mind. 380% (vgl. Schwentinental: 405%)

gemäß der Richtlinie zur Gewährung von Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen, sowie das Vorhandensein eines unvermeidlichen Jahresfehlbetrages.

Die Entscheidung über den Antrag und die Fehlbetragsfestsetzung im Herbst des jeweiligen Jahres ist entsprechend eng mit den Konsolidierungsbemühungen einer Kommune verknüpft. Dies ist in dem Verfahrenserlass zur Gewährung von Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen vom 17.03.2025 festgehalten. Die dargestellten Konsolidierungsvoraussetzungen reichen von klassischen Finanzinstrumenten wie die Entscheidung über die Festlegung der kommunalen Steuersätze für Grund-, Gewerbe- und Hundesteuer über die Frage der Anwendung von kw-Vermerken im Stellenplan bis zur Nutzung von Synergien im Rahmen von Verwaltungsgemeinschaften.

Entgegen der Erwartungen, dass alle im Erlass aufgelisteten Punkte erfüllt sein müssten und z.B. zuerst städtische Grundstücke verkauft werden müssten, ist durch die Kommunalaufsicht bestätigt worden, dass im Rahmen der Gesamtprüfung einzelne Punkte, die bisher (noch) nicht durch die jeweilige Gemeinde umgesetzt worden sind, lediglich zu einer entsprechenden Reduzierung der Höhe der Fehlbetragszuweisung führen. Das Stellen eines Antrags auf Fehlbetragszuweisung wurde durch die Kommunalaufsicht in mehreren Gesprächen ausdrücklich angeraten.

Neben dem § 17 FAG ist aus Verwaltungssicht auch für investive Maßnahmen mit einem Volumen von mehr als 80.000 EUR zu prüfen, ob eine Sonderbedarfszuweisung nach § 18 FAG ab dem HH-Jahr 2026 zu beantragen ist. Für solche besonderen Sonderbedarfszuweisungen stehen in begrenztem Umfang Mittel des Landes zur Verfügung. Gefördert werden demnach nur notwendige Investitionen in die kommunale Grundinfrastruktur. Sonderbedarfszuweisungen sollen gem. § 18 Absatz 2 FAG vorrangig kreisangehörigen Gemeinden gewährt werden, die bereits eine Fehlbetragszuweisung vom Land erhalten haben. Bisher gilt hier, dass es für eine vorrangige Berücksichtigung erforderlich ist, dass im Vorjahr eine Fehlbetragszuweisung endgültig festgesetzt wurde. Eine Abschlagszahlung auf Grund eines fehlenden Jahresabschlusses reicht nicht aus. In der Richtlinie wird unter Ziffer 3.1.1 ausgeführt, dass die Sonderbedarfszuweisung vorrangig zur Finanzierung solcher Maßnahmen dienen, die zu einer notwendigen Verbesserung oder Erhaltung der kommunalen Grundausrüstung (z.B. Sanierungsmaßnahmen) beitragen und die auf andere Weise nicht finanziert werden können.

Die Anlage 3 stellt die bekannten Konsolidierungsmaßnahmen gem. des Erlasses „Haushaltskonsolidierung und Gewährung von Fehlbetragszuweisungen (Haushaltskonsolidierungserlass 2024)“ vom 08.08.2024 dar und beinhaltet eine kurze prägnante Stellungnahme der Verwaltung.

Es könnte daher bis 01.05.2025 erstmalig ein Antrag auf Fehlbetragszuweisung von der Stadt Schwentinental gestellt werden. Entsprechend werden die vorstehenden Informationen den zuständigen Gremien der Selbstverwaltung mit der Bitte um weitere Beratung vorgelegt.

Anlage 1 Erlass Haushaltskonsolidierung und Gewährung von Fehlbetragszuweisungen
Anlage 2 Verfahrenserlass zur Gewährung von Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen, verlängerte Antragsfrist für Sonderbedarfszuweisungen
Anlage 3 Hinweise zur Beschränkung der Aufwendungen und Auszahlungen und zur Ausschöpfung der Ertrags- und Einzahlungsquellen

Ministerium für Inneres, Kommunales,
Wohnen und Sport | Postfach 71 25 | 24171 Kiel

Kreise, kreisfreie Städte,
kreisangehörige Städte über 20.000
Einwohnerinnen und Einwohner

Landrätin und Landräte der Kreise
als Kommunalaufsichts- und
Prüfungsbehörden

Ihr Zeichen: /
Ihre Nachricht vom: /
Mein Zeichen: IV 307-5287/2024
Meine Nachricht vom: /

Meike Paulmann
meike.paulmann@im.landsh.de
Telefon+49 431 988 3129
Telefax: +49 431 988 6 143129

8. August 2024

Per E-Mail

Haushaltskonsolidierung und Gewährung von Fehlbetragszuweisungen (Haushaltskonsolidierungserlass 2024)

Der Haushaltskonsolidierungserlass mit einer Liste der Möglichkeiten für schleswig-holsteinische Kommunen zur Beschränkung von Aufwendungen und Auszahlungen und zur Ausschöpfung von Ertrags- und Einzahlungsquellen ist zu einer langjährigen Tradition geworden. Er feiert in diesem Jahr zwanzigjähriges Jubiläum. Die Hinweisliste wurde erstmals im Jahr 2004 veröffentlicht und passte damals auf eineinhalb Seiten. Anlass waren die Auswirkungen des Steuersenkungsgesetzes 2001, die damals anhaltende Konjunkturschwäche und damit einhergehende vermehrte Anträge auf Fehlbetragszuweisung. Mit den Hinweisen sollten damals wie heute die Kommunen bei der Haushaltskonsolidierung unterstützt werden. Wir möchten Diskussionsgrundlagen anbieten und Ideen zur Haushaltskonsolidierung einbringen, die nicht abschließend sind und vor Ort individuell ergänzt werden können und sollen. In Laufe der Jahre ist die Hinweisliste immer wieder ergänzt und angepasst worden und auf ihre heutige Länge angewachsen. Auch dank Ihrer Mithilfe ist die Liste aktuell und (hoffentlich) von missverständlichen Formulierungen befreit.

Schon häufiger habe ich die Rückmeldung erhalten, dass uns ja auch nichts Neues mehr einfiel. Ich denke, es liegt in der Natur der Sache, dass angesichts des erreichten Umfangs der Liste nicht jedes Jahr überraschende, neue Hinweise hinzukommen können, die auf einen Schlag einen kommunalen Haushalt sanieren können. Das macht die Liste in meinen Augen aber nicht weniger wertvoll. Im Gegenteil sollten die Inhalte rechtzeitig, regelmäßig erneut und vor allem bewusst überprüft werden.

Wichtig ist mir auch, dass die Liste keine „Vorgaben“ enthält oder die Kommunen zu bestimmten Handlungen verpflichtet. Sie soll eine Unterstützung und ein Angebot für Kommunen sein, die ihren Haushalt konsolidieren möchten oder müssen. Lediglich im Rahmen der Fehlbetragszuweisung wird diese Liste herangezogen, um nachvollziehbar vermeidbare Fehlbeträge feststellen zu können. Dies mag verschiedentlich als „Vorgabe“ wahrgenommen werden. Die Kommunen sind jedoch im Rahmen der wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung und der kommunalen Selbstverwaltung frei in ihren Entscheidungen.

Ich bitte nur um Verständnis, dass vermeidbare Fehlbeträge nicht aus Mitteln der Solidargemeinschaft der schleswig-holsteinischen Kommunen finanziert werden können und nicht mit einer Fehlbetragszuweisung ausgeglichen werden.

Die einzigen Voraussetzungen für den Erhalt einer Fehlbetragszuweisung sind derzeit die Einhaltung der Mindesthebesätze von Grundsteuer A, B und Gewerbesteuer gemäß der Richtlinie zur Gewährung von Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen sowie das Vorhandensein eines unvermeidlichen Jahresfehlbetrags. In Kürze sollen als Folge der Grundsteuerreform die neuen Hebesätze bekannt werden. Dies hat auch Auswirkungen auf die Beantragung einer Fehlbetragszuweisung. Da die neuen Hebesätze bei Herausgabe dieses Erlasses noch nicht bekannt waren, kann ich noch keine Aussage treffen, wie und ob sich die Mindesthebesätze als Voraussetzung für eine Fehlbetragszuweisung ändern werden. Nach Bekanntwerden der neuen Hebesätze werden wir uns umgehend damit auseinandersetzen und bei Änderungen für die Beantragung einer Fehlbetragszuweisung den Kommunen das Ergebnis auf geeignetem Wege mitteilen.

In der Hinweisliste sind **inhaltliche Neuerungen** wie üblich durch **Fettdruck** hervorgehoben. Den Erlass gleichen Betreffs vom 5. September 2023 hebe ich auf. Ich bitte alle kommunalen Körperschaften, die in dieser Liste enthaltenen Hinweise auch für die Beratungen zum Erlass der Haushaltssatzung 2025 zu nutzen.

Die Landrätin und Landräte als Kommunalaufsichtsbehörden und als Gemeindeprüfungsämter bitte ich, die aktualisierte Liste als eine Grundlage für Haushaltsgespräche und für die im folgenden Jahr durchzuführenden Prüfungen der ihrer Aufsicht unterliegenden Gemeinden im Rahmen von Fehlbetragszuweisungen für 2024 zu verwenden.

Unter Hinweis auf Ziffer 3.40 der Anlage bitte ich die Gemeindeprüfungsämter, in die Prüfung auch die Sondervermögen, Kommunalunternehmen (§ 106 a GO), Regionalen Bildungszentren und Gesellschaften einzubeziehen und hierbei insbesondere die Einrichtungen, die nach den Vorschriften des Eigenbetriebsrechts geführt werden (§ 101 Absatz 4 GO), aus Gründen der Gleichbehandlung wie entsprechende Einrichtungen im Rahmen des Haushalts zu berücksichtigen.

Ich bitte die Landrätin und Landräte, die ihrer Aufsicht unterliegenden Gemeinden von diesem Erlass zu unterrichten.

Hinweis:

Diesen Erlass mit der anliegenden Hinweisliste finden Sie in Kürze auch im Internetauftritt der Landesregierung unter www.innenministerium.schleswig-holstein.de (→ Themen → Kommunales → Finanzen → [Unterstützung defizitärer Kommunen](#)).

Gez.

Mathias Nowotny

Anlage

nachrichtlich:

Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände
Städteverband Schleswig-Holstein
Reventlouallee 6
24105 Kiel

Landesrechnungshof
Schleswig-Holstein
Postfach 31 80
24030 Kiel

Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein
- VI 2 -
24105 Kiel

mit der Bitte um Kenntnisnahme

Ministerium für Inneres, Kommunales,
Wohnen und Sport | Postfach 71 25 | 24171 Kiel

Kreise, kreisfreie Städte, kreisangehörige Städte
über 20.000 Einwohnerinnen und Einwohner

Landrätin und Landräte der Kreise
als Kommunalaufsichts- und Prüfungs-
behörden

mit der Bitte um Weiterleitung an die
ihrer Aufsicht unterstehenden Kommunen

Ihr Zeichen: /
Ihre Nachricht vom: /
Mein Zeichen: IV 307-5155/2025
Meine Nachricht vom: /

Meike Paulmann
meike.paulmann@im.landsh.de
Telefon: +49 431 988-3129
Telefax: +49 431 988614-3129

17. März 2025

nachrichtlich:

Arbeitsgemeinschaft der kommunalen
Landesverbände
Schleswig-Holsteinischer Landkreistag
Reventlouallee 6
24105 Kiel

Verfahrenserlass zur Gewährung von Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen, verlängerte Antragsfrist für Sonderbedarfszuweisungen

Inhalt

1. Allgemeines zu den Fördermöglichkeiten nach den §§ 17 und 18 FAG	2
2. Fehlbetragszuweisungen nach § 17 FAG	2
a) Antragsverfahren.....	2
b) Prüfung durch die Kommunalaufsichtsbehörden und Gemeindeprüfungsämter	3
c) Berechnung des unvermeidlichen Jahresfehlbetrags bei Kommunen, die der Aufsicht des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport unterstehen	4
d) Berücksichtigung der Ausgleichsrücklage	4
3. Sonderbedarfszuweisungen nach § 18 FAG.....	5

1. Allgemeines zu den Fördermöglichkeiten nach den §§ 17 und 18 FAG

Gemäß § 4 Absatz 2 Finanzausgleichsgesetz (FAG) vom 12. November 2020 (GVOBl. Schl.-H. Seite 808), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes 29. Januar 2025 (GVOBl. Schl.-H. 2025 Nummer 17), stehen im Jahr 2025 folgende Mittel zur Verfügung:

- 50 Mio. Euro für Fehlbetragszuweisungen gemäß § 17 Absatz 3 FAG und
- 5 Mio. Euro für Sonderbedarfszuweisungen gemäß § 18 Absatz 2 und 4 FAG.

Seit Anfang 2025 ist gemäß § 4 Absatz 3 FAG mit den kommunalen Landesverbänden über die Art und Weise der Zuweisung und Nachweisführung der Vorwegabzüge eine Vereinbarung zu schließen. Für die Gewährung der Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen im Jahr 2025 wurde vereinbart, dass die [Richtlinie zur Gewährung von Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen](#) vom 18. November 2023 (Amtsbl. Schl.-H. Seite 2991), geändert durch Erlass vom 13. November 2024 (Amtsbl. Schl.-H. 2024/76), im Folgenden „Richtlinie“ genannt, unverändert gilt.

2. Fehlbetragszuweisungen nach [§ 17 FAG](#)

a) Antragsverfahren

Anträge auf Fehlbetragszuweisungen für den bis zum Ende des vergangenen Jahres aufgelaufenen Fehlbetrag müssen gemäß Ziffer 2.5.2 Absätze 2 und 3 der Richtlinie bis zum 15. Mai beim Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport vorliegen.

Ich bitte daher die Kommunen, die der Kommunalaufsicht des Ministeriums unterstehen, mir ihre Anträge auf Fehlbetragszuweisungen bis **spätestens zum 15. Mai 2025** zuzuleiten.

Anträge von Gemeinden, die der Kommunalaufsicht einer Landrätin oder eines Landrats unterstehen, sind **bis zum 1. Mai 2025 der Landrätin oder dem Landrat** vorzulegen und **von dort bis zum 15. Mai 2025 an mich** weiterzuleiten. Die Landrätin und Landräte bitte ich, mir – soweit dann noch nicht geschehen – neben den Anträgen die Haushalte des laufenden Haushaltsjahres beizufügen oder digital zur Verfügung zu stellen.

Voraussetzung für die Gewährung einer Fehlbetragszuweisung ist bei Gemeinden, dass im Jahr 2025 die Mindesthebesätze nach Ziffer 2.3.1 der Richtlinie erfüllt sind (siehe Anlage, Änderung der Ziffer 2.3.1 vom 4. Dezember 2024).

Ich bitte die Landrätin und die Landräte als Kommunalaufsichtsbehörden, vor Weiterleitung der Anträge zu prüfen, ob diese Voraussetzung vorliegt. Sofern dies nicht der Fall ist, bitte ich, die jeweiligen Gemeinden dahingehend zu beraten, dass bis zum 30. Juni 2025 eine Anhebung der Hebesätze rückwirkend zum 1. Januar 2025 und damit eine Berücksichtigung des Antrags auf Fehlbetragszuweisung noch möglich ist.

Bei einem Jahresüberschuss ist zu prüfen, ob dieser allein wegen einer gewährten Fehlbetragszuweisung entstanden ist. Wenn das der Fall ist, kann für den strukturellen Jahresfehlbetrag ein Antrag auf Fehlbetragszuweisung gestellt werden.

Ausdrücklich weise ich auf Hinweis d) auf Seite 4 dieses Erlasses zur Berücksichtigung der **Ausgleichsrücklage** bei Kommunen hin.

b) Prüfung durch die Kommunalaufsichtsbehörden und Gemeindeprüfungsämter

Prüfungsbericht

Die Landrätin und Landräte als Kommunalaufsichtsbehörden und als Gemeindeprüfungsämter bitte ich, die Prüfung der ihrer Aufsicht unterstehenden Gemeinden möglichst zügig zu veranlassen und mir die Prüfungsberichte der Gemeindeprüfungsämter verbunden mit der jeweiligen Stellungnahme der Kommunalaufsichtsbehörde bis **spätestens zum 1. Oktober 2025** vorzulegen.

Berechnung des unvermeidlichen Jahresfehlbetrags und Feststellung der Zuständigkeit

Bei der Berechnung des für die Fehlbetragszuweisung zu Grunde zu legenden unvermeidlichen Jahresfehlbetrags ist wie folgt zu verfahren:

- Jahresfehlbetrag 2024 (ein Überschuss wird mit Minuszeichen dargestellt)
 - zuzüglich Fehlbetragszuweisung, die der Kreis im Jahr 2024 gezahlt hat
 - zuzüglich Fehlbetragszuweisung, die das Land im Jahr 2024 gezahlt hat
 - abzüglich Beträge, die im Jahr 2024 entstanden sind und nach Auffassung des Gemeindeprüfungsamtes nicht als unvermeidlich anerkannt werden können.
- = Ergebnis ist der anzuerkennende oder unvermeidliche strukturelle Jahresfehlbetrag 2024
- abzüglich Ausgleichsrücklage Stand 31. Dezember 2024
- = Auszahlungsbetrag

Liegt der anzuerkennende Jahresfehlbetrag unter 80.000 Euro, ist die Landrätin oder der Landrat gemäß § 17 Absatz 4 FAG zuständig. Liegt er bei mindestens 80.000 Euro, ist das Land zuständig.

Liegt der anzuerkennende Jahresfehlbetrag bei mindestens 80.000 Euro und der Auszahlungsbetrag nach Abzug der Ausgleichsrücklage unter 80.000 Euro, bleibt das Land zuständig.

Ergibt sich ein negativer Auszahlungsbetrag, kann keine Fehlbetragszuweisung gewährt werden.

Allgemeine Hinweise

Sowohl in § 17 FAG als auch in der Richtlinie wird ausgeführt, dass mit einer Fehlbetragszuweisung nur der unvermeidliche Jahresfehlbetrag abgedeckt werden kann. Unvermeidlich ist ein Fehlbetrag nur insoweit, als alle Maßnahmen zur Ertragserzielung einschließlich der Mindesthebesätze ausgeschöpft wurden.

Wenn die Hebesätze im Jahr 2024 nicht mindestens in Höhe der im Jahr 2024 geltenden Mindesthebesätze festgesetzt waren, ist die Differenz bei der Berechnung des unvermeidlichen Defizits abzuziehen.

Zukunftsprognose

Eine Fehlbetragszuweisung kann nur dann gewährt werden, wenn die Kommune den unvermeidlichen Jahresfehlbetrag in absehbarer Zeit nicht aus eigener Kraft abdecken kann (Ziffer 2.3.2 der Richtlinie).

Ich bitte daher im Rahmen einer Zukunftsprognose zu überprüfen, ob die jeweilige Gemeinde den unvermeidlichen Jahresfehlbetrag durch Überschüsse im Ergebnishaushalt in den Folgejahren selbst ausgleichen kann.

Hinweis zur Buchung

Ich weise darauf hin, dass Fehlbetragszuweisungen – abweichend von dem ansonsten im doppelischen Haushaltsrecht zu beachtenden Periodenprinzip – dem Haushaltsjahr zuzuordnen sind, in dem die Fehlbetragszuweisung gezahlt wurde.

Weiterer Hinweis für die Gemeindeprüfungsämter

Für die Auswertung der Prüfungsberichte ist es sehr hilfreich, wenn die vorgenannten Berechnungen in einer tabellarischen Darstellung am Schluss der Prüfungsberichte aufgeführt werden. Insbesondere bitte ich auch um Überprüfung der Hebesätze sowohl für 2024 als auch für 2025.

c) Berechnung des unvermeidlichen Jahresfehlbetrags bei Kommunen, die der Aufsicht des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport unterstehen

Bei Kreisen und Städten, die der Kommunalaufsicht des für Inneres zuständigen Ministeriums unterstehen, werden drei Viertel des Jahresfehlbetrags als unvermeidlich anerkannt (vgl. Ziffer 2.4.2 der Richtlinie).

d) Berücksichtigung der Ausgleichsrücklage

Gemäß Ziffer 2.3.2 der Richtlinie kann eine Fehlbetragszuweisung nur gewährt werden, wenn der anzuerkennende Fehlbetrag nicht in absehbarer Zeit aus eigener Kraft abgedeckt werden kann. Gemäß § 26 Absatz 4 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) vom 14. August 2017 (GVOBl. Schl.-H. Seite 433, zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 11. Januar 2024 (GVOBl. Schl.-H. Seite 75), sollen Jahresfehlbeträge durch Umbuchung aus der Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden.

Die Ausgleichsrücklage wird bei der Berechnung der Fehlbetragszuweisung 2024 angerechnet.

3. Sonderbedarfszuweisungen nach [§ 18 FAG](#)

Für allgemeine Sonderbedarfszuweisungen stehen in begrenztem Umfang Mittel zur Verfügung. Gefördert werden notwendige Investitionen in die kommunale Grundinfrastruktur. Sonderbedarfszuweisungen sollen gemäß § 18 Absatz 2 FAG **vorrangig kreisangehörigen Gemeinden** gewährt werden, **die im Jahr 2024 eine Fehlbetragszuweisung vom Land erhalten haben.**

In der Richtlinie wird unter Ziffer 3.1.1 ausgeführt, dass die Sonderbedarfszuweisungen vorrangig zur Finanzierung solcher Maßnahmen dienen, die zu einer notwendigen Verbesserung oder Erhaltung der kommunalen Grundausstattung beitragen und die auf andere Weise nicht finanziert werden können. Sonderbedarfszuweisungen sind nicht als Anschubfinanzierung gedacht. Es sollen nur Maßnahmen gefördert werden, die notwendigerweise auch ohne Sonderbedarfszuweisung durchgeführt werden.

Ein Antrag auf Sonderbedarfszuweisung muss mindestens 80.000 Euro betragen (Ziffer 3.4.2 der Richtlinie).

Verlängerte Antragsfrist im Bewilligungsjahr 2025:

Abweichend von Ziffer 3.5.1 der Richtlinie sind Anträge über die zuständige Kommunalaufsichtsbehörde in einfacher Ausfertigung bis **spätestens 10. April 2025 vollständig** an das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport zu senden. Eventuell längere Postwege sind von der Antragstellerin zu berücksichtigen. Eine Antragstellung per E-Mail ist möglich; bei kreisangehörigen Gemeinden cc an die zuständige Kommunalaufsicht.

Ich weise darauf hin, dass alle Anlagen und Angaben, die gemäß Hinweisen im Antragsvordruck erforderlich sind, dem Antrag beizufügen sind. Dazu zählen z. B. Bauunterlagen, Kostenberechnungen, Fotos des Ist-Zustandes, Kopien anderer zur Maßnahme gehörender Förderanträge oder Bewilligungen.

Zwingend erforderlich sind auch Angaben zur Art und zum Datum des geplanten Maßnahmebeginns sowie zum geplanten Maßnahmenende.

Unvollständige Anträge können nicht berücksichtigt werden.

Hinweise für Baumaßnahmen:

- Beträgt die Summe aller beantragten und bewilligten Zuwendungen weniger als 500.000 Euro, reicht es aus, wenn die Bauunterlagen erkennbar durch eigenes technisches Fachpersonal oder durch ein Ingenieurbüro erstellt worden sind.
- Beträgt die Summe aller beantragten und bewilligten Zuwendungen zwischen 500.000 Euro und 1,0 Mio. Euro, muss neben den Bauunterlagen auch das Ergebnis einer baufachlichen Prüfung durch die eigene bautechnische Dienststelle bzw. bei Gemeinden unter 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern durch das Kreisbauamt beigefügt werden.
- Ab einer Summe aller beantragten und bewilligten Zuwendungen von 1,0 Mio. Euro beteiligt die Bewilligungsbehörde die fachlich zuständige technische staatliche Verwaltung. Auf den zusätzlichen Zeitaufwand wird hingewiesen. Nur für den Schulbau reicht ausnahmsweise die oben genannte baufachliche Prüfung.

Hinweise für Feuerwehrfahrzeuge:

Für die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen gelten die **Förderhöchstsätze**, die im jeweiligen Kreis zur Förderung aus Mitteln der Feuerschutzsteuer nach § 30 FAG festgelegt sind. Voraussetzung für eine Sonderbedarfszuweisung ist, dass das Feuerwehrfahrzeug durch den Kreis gefördert wurde. Die Förderung ist durch Vorlage des Bewilligungsbescheides nachzuweisen. Die Vorlage weiterer Unterlagen entfällt.

Hinweis für die modellhafte Erprobung neuer Formen der Verwaltungsorganisation

Sonderbedarfszuweisungen können auch für Projekte zur modellhaften Erprobung neuer Formen der Verwaltungsorganisation gewährt werden (§ 18 Absatz 4 FAG in Verbindung mit Ziffer 3.1.2 der Richtlinie). Anträge sind direkt an das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport zu richten.

Schlussbemerkung

Im Einzelnen wird auf die Richtlinie zur Gewährung von Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen vom 18. November 2023 (Amtsbl. Schl.-H. Seite 2991), geändert durch Erlass vom 13. November 2024 (Amtsbl. Schl.-H. 2024/76), sowie auf die Hinweise im Antragsformular verwiesen. Die Richtlinie und dieser Erlass stehen im Internet auf der Seite des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport zur Verfügung (→ Themen → Kommunales → Finanzen → [Unterstützung defizitärer Kommunen](#)).

Dort finden Sie auch das Antragsformular.

Bitte verwenden Sie immer ein aktuelles Antragsformular.

Mit freundlichen Grüßen
Gez. Mathias Nowotny

Hinweise zur Beschränkung der Aufwendungen und Auszahlungen und Ausschöpfung der Ertrags- und Einzahlungsquellen ^{[1] [2] [3] [4]}

[1] Die wesentlichen Änderungen gegenüber der mit Erlass vom **5. September 2023** herausgegebenen Hinweisliste sind im Fettdruck aufgeführt.

[2] Kommunalberichte und andere Veröffentlichungen des Landesrechnungshofs wie z. B. Handreichungen sind im Internet unter <http://www.landesrechnungshof-sh.de> zu finden.

[3] Die Vorschriften zum kommunalen Haushaltsrecht sind im Internet unter <http://www.innenministerium.schleswig-holstein.de> → Themen → Kommunales → Finanzen zu finden.

[4] Bericht über die Finanzsituation der Kommunen in Schleswig-Holstein vom **31. Januar 2024**, Bericht über die Finanzsituation der Kommunen in Schleswig-Holstein vom 23. März 2023, <http://www.innenministerium.schleswig-holstein.de> → Themen → Kommunales → Finanzen → Finanzsituation der Kommunen

1. <u>Beschränkung der Aufwendungen und Auszahlungen/Ausgaben</u>		Stellungnahme
1.1	Nachweis nach § 6 Absatz 1 Nr. 8 Buchstabe c) GemHVO, dass die Zuweisungen und Zuschüsse an Vereine und Verbände entsprechend den haushaltspolitischen Anforderungen nicht gestiegen und auf das Notwendige beschränkt worden sind.	Haushaltsansatz 2025 nicht höher als 2024. Zukünftige Berücksichtigung bei Haushaltsaufstellung.
1.2	Höhe der Steigerungsrate der bereinigten Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit im Verhältnis zur Empfehlung im Haushaltserlass; Gemeinden mit defizitärem Ergebnisplan müssen eine Unterschreitung der Empfehlung anstreben.	Weitere Unterschreitung wird angestrebt.
1.3	Kritische Überprüfung aller freiwilligen Leistungen; vor der Gewährung von Zuschüssen sollte geprüft werden, ob ein zwingendes öffentliches Bedürfnis für die finanziell zu unterstützende Aufgabe besteht, ob die Zuschusshöhe dem angestrebten Zweck angemessen ist, wie die eigene Leistungsfähigkeit der letztlichen Nutzerinnen und Nutzer zu bewerten ist und ob die Verfahren der Zuschussvergabe und der Verwendungskontrolle die Erfüllung des zwingenden öffentlichen Bedürfnisses sicherstellen; siehe ergänzend hierzu Ziffern 4.1 und 4.2 dieses Erlasses.	Freiwillige Leistungen hat die Verwaltung der Selbstverwaltung im Rahmen des Haushalts 2025 dargestellt. Derzeit keine Anpassungsmöglichkeiten, da weitere Untersuchungen/Prüfungen stattfinden.
1.4	Inanspruchnahme der VAK für die Berechnung und Auszahlung von Besoldung und Entgelten; Hinweis: Die VAK kann auch die Aufgaben einer Familienkasse übernehmen.	In Anwendung
1.5	Inanspruchnahme der VAK für Reisekostenabrechnungen	zur Kenntnis genommen, ganzheitliche Bearbeitung derzeit vorteilhaft
1.6	Bei dem Vergleich von Kreditangeboten u. a. auch die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Kommunalkrediten der KfW einbeziehen (siehe hierzu im Internet unter www.kfw.de).	In Anwendung
1.7	Bei der Entscheidung über die Übertragung übertragbarer Aufwendungen und der dazugehörigen Auszahlungen ist dem Haushaltsausgleich Vorrang vor anderen Erwägungen einzuräumen (Erläuterung zu § 23 GemHVO); siehe ergänzend hierzu Ziffer 4.5 dieses Erlasses	In Anwendung
1.8	Restkreditermächtigungen; bei der Erstellung des Jahresabschlusses ist der Grundsatz der Nachrangigkeit der Kreditaufnahme zu beachten und zu prüfen, ob Restkreditermächtigungen in Abgang gestellt werden können.	In Anwendung
1.9	Höhe der Steigerungsrate der Personalaufwendungen im Verhältnis zur Empfehlung im Haushaltserlass	In Anwendung bei Haushaltsplanung
1.10	Sofern Stellen nicht im Falle eines Ausscheidens des Stelleninhabers oder der Stelleninhaberin gestrichen werden: Nutzung der nach § 35 Absatz 4 LBG eröffneten Möglichkeit, den Eintritt von Beamtinnen und Beamten in den Ruhestand um bis zu drei Jahre über die Altersgrenze hinauszuschieben, wenn die Betroffenen dies beantragen und dienstliche Interessen nicht entgegenstehen, um dadurch Einsparungen im Bereich der Personalaufwendungen (einschließlich der Pensionsrückstellungen) zu realisieren.	In Anwendung; Einzelfallprüfung

1.11	Streichung von Stellen (Ausbringung von kw-Vermerken)	In Anwendung; Einzelfallprüfung
1.12	Nutzung von Einsparmöglichkeiten bei frei werdenden Stellen: mehrmonatige Wiederbesetzungssperre; Prüfung, ob Umwandlung in niedrigere Besoldungs- oder Tarifgruppe möglich ist oder die Stelle ganz oder teilweise eingespart werden kann.	In Anwendung; Einzelfallprüfung
1.13	Versicherungen (Kommunalbericht 2003 des Landesrechnungshofs)	bedarfsgerechte Prüfung findet statt
1.14	Überprüfung, ob Sportplätze und Sportlerheim an Vereine zur Bewirtschaftung und Unterhaltung gegeben werden können.	In Anwendung; Einzelfallprüfung
1.15	Überprüfung des Bestands an Kinderspielplätzen; Schließung von nicht mehr genutzten Spielplätzen und Prüfung eines Verkaufs der Flächen	Wird laufend geprüft - aktuell steht keine Schließung im Raum
1.16	Verwendung der Mittel aus Erbschaften überprüfen	Leistungen aus Erbschaften erschöpft
1.17	Verzicht auf Gewährung von Arbeitgeberdarlehen, auch bei kommunalen Eigenbetrieben, Kommunalunternehmen und Gesellschaften	In Anwendung, nur noch Abwicklung der Altfälle
1.18	Verzicht auf Zuschüsse an den Kleingartenverein	Die Zuschüsse belaufen sich auf die Ausrichtung des Kleingartenwettbewerb* (Pokalverleihung (als Wanderpokal) , Gravur-Urkunde u. Gutscheine im Wert von 125€-150€ gesamt; weitere Leistungen empfängt der Kleingartenverein nicht.
1.19	Verzicht auf Übernahme von Fahrkosten für die Teilnahme an Vorstellungsgesprächen	In Anwendung
1.20	Verzicht auf Zuschüsse zu Betriebsfeiern und Betriebsausflügen sowie auf Vergünstigungen für Beschäftigte bei der Nutzung von Einrichtungen der Gemeinde	Dieser - auf ein Minimum reduzierte -Zuschuss dient der Förderung der Gemeinschaft im Zusammenhang mit Personalstärkung und -bindung; Reduktion der Fluktuation
1.21	Überprüfung der Kosten für amtliche Bekanntmachungen; Reduzierung von Aushangkästen unter Beachtung der vorgegebenen Mindestanzahl, Bereitstellung von amtlichen Bekanntmachungen im Internet, bei amtsangehörigen Gemeinden und amtsinternen Zweckverbänden Nutzung der Internetseite ihres Amtes (Bekanntmachungsverordnung vom 14. September 2015, GVOBl. Schl.-H. Seite 338, geändert durch Verordnung vom 1. September 2020, GVOBl. Schl.-H. Seite 573).	Bekanntmachungen erfolgen weitestgehend digital (siehe Hauptsatzung)
1.22	Möglichkeiten der Privatisierung nutzen (z. B. Wohnungsverwaltung, Gärtnereien, Werkstätten, Straßenreinigung, Sportboothäfen)	Wohnungsverwaltung ist an priv. Hausverwaltung vergeben worden; Straßenreinigung extern vergeben
1.23	Der Landesrechnungshof sieht hohe Einsparpotenziale im Vertragswesen für Energielieferverträge. Er empfiehlt, ein Energiecontrolling einzurichten und im Energiemanagement anzusiedeln (Bericht zum Energiemanagement vom 19. September 2019, Kommunalbericht des Landesrechnungshofs zum Gebäude- und Energiemanagement in den Kommunen vom 30. September 2022).	Zur Kenntnis genommen und Anwendung wird geprüft
1.24	Der Landesrechnungshof weist darauf hin, dass insbesondere die Kosten für den Bezug elektrischer Energie und die mit der verbauten Leuchtentechnologie einhergehenden Wartungskosten die Gesamtkosten der Straßenbeleuchtung dominieren. Dieser Kostenentwicklung kann und muss zukünftig durch den konsequenten Einsatz moderner LED-Lampentechnik begegnet werden (Kommunalbericht des Landesrechnungshofs zum Gebäude- und Energiemanagement in den Kommunen vom 30. September 2022)	In Umsetzung
1.25	Regelmäßige und gebündelte Ausschreibung des Bedarfs der Kommune für die Energieträger Öl, Gas und Strom (Kommunalbericht 2011 des Landesrechnungshofs). „Inhouse-Geschäfte“ mit den eigenen kommunalen Energieversorgungsunternehmen führen laut Landesrechnungshof nicht zwangsläufig zu den wirtschaftlichsten Angeboten (Bericht zum Energiemanagement vom 19. September 2019).	Zur Kenntnis genommen und Anwendung wird geprüft
1.26	Kassenkredite, Überprüfung der Konditionen durch Preisumfrage; Runderlass zu § 87 der Gemeindeordnung – Kassenkredite vom 1. Februar 2022	In Anwendung
1.27	Überprüfung und ggf. Verringerung der Zuweisungen und Zuschüsse an Dritte im Aufgabenbereich der Gesundheitsämter (Kommunalbericht 2013 des Landesrechnungshofs)	Keine Anwendung vor Ort
1.28	Eine Sammelbeschaffung für Feuerwehrfahrzeuge spart Zeit und Kosten. Bei der Teilnahme an der Sammelbeschaffung des Landes für neue Feuerwehrfahrzeuge (nur bestimmte Fahrzeugtypen) trägt das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport sämtliche Ausschreibungskosten, die für die auftraggebenden Gemeinden anfallen. Näheres auf der Internetseite des Ministeriums unter „Einfach und sicher Feuerwehrfahrzeuge kaufen“. Für andere Fahrzeugtypen können Kommunen sich untereinander zusammenschließen.	Zur Kenntnis genommen und Anwendung wird geprüft

1.29	Überprüfen, ob das Konzept „Nette Toilette“ umgesetzt werden kann und dadurch Aufwendungen für Betrieb, Reinigung und Wartung öffentlicher Toiletten eingespart werden können.	Zur Kenntnis genommen und Anwendung wird geprüft
1.30	Kostenbeteiligungen an kirchlichen Friedhöfen prüfen, Zuschussleistungen vertraglich vereinbaren. Keine pauschalen Defizitausgleiche, sondern auf eine faire Defizitbeteiligung achten. Ggf. gemeinsam ergebnisverbessernde Maßnahmen prüfen (Bericht zur „Wirtschaftlichkeit kommunaler Friedhöfe im Wandel der Be-stattungskultur“ des Landesrechnungshofs vom 23. Mai 2022).	Keine Anwendung vor Ort
2.	<u>Ausschöpfung der Ertrags- und Einzahlungs-/Einnahmequellen</u>	
2.1	Hundesteuer: mind. 120 €	Erfüllt
2.2	Prüfen, ob eine Zweitwohnungssteuer erhoben werden kann. Für eine sachgerechte Entscheidung sollten die dadurch zu erwartenden Aufwendungen für die Erhebung den zu erwartenden Erträgen für einen Zeitraum von 10 Jahren gegenübergestellt werden. Ummeldeeffekte u. ä. sind zu berücksichtigen.	Prüfungsergebnis ist negativ in Vorjahren gewesen
2.3	Spielgerätesteuer: mind. 12,0 % der Bruttokasse	Erfüllt
2.4	Erhebung von Konzessionsabgaben (Energie, Wasser)	Erfüllt
2.5	Höhe der Gebühren für Betreute Grundschule	Ständiger Prüfungsprozess im Fachamt
2.6	Höhe der Gebühren öffentlicher Bibliotheken;	Gebührenanpassung erfolgt in 2026
2.7	Erhebung von Gebühren und Entgelten für Einsätze und Leistungen der öffentlichen Feuerwehren nach § 29 Absatz 2 BrSchG	In Anwendung
2.8	Abrechnung von Brandverhütungsschauen gemäß § 29 Absatz 5 BrSchG, sofern nicht nach § 29 Absatz 6 BrSchG ein Verzicht angezeigt ist.	wird umgesetzt ("Feuerwehrgebührensatzung")
2.9	Erhebung von Straßenreinigungsgebühren; Überprüfung der Satzung auf eventuelle Regelungen zu Eckgrundstücken	Straßenreinigungsgebührenkalkulation und Gebührenerhebung realisiert. Eckgrundstücke sollten zwecks Akzeptanz des Satzungsrechts leicht subventioniert (3/4 je Seite) sein.
2.10	Erhebung von Parkgebühren, wenn nach Prüfung der örtlichen Situation die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind.	keine Erhebung von Parkgebühren bekannt
2.11	Erhebung von Sondernutzungsgebühren	Erfüllt
2.12	Erhebung von Baugenehmigungsgebühren in dem rechtlich gebotenen Umfang (§§ 9, 11 und 15 VwKostG)	Im Bereich der Stadtentwässerung umgesetzt.
2.13	Ausschöpfung der Gebührenrahmen bei der Kfz-Zulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde	EMA leistet für Kreis Aufgaben
2.14	Höhe und regelmäßige Anpassung der Gebühren der Gesundheitsämter (Kommunalbericht 2013 des Landesrechnungshofes)	Keine Anwendung vor Ort
2.15	Erhebung von Verwaltungsgebühren und regelmäßige Anpassung	Anwendung durch Verwaltungsgebührensatzung sichergestellt
2.16	Erhebung einer Stellplatzsteuer für Dauercamper, wenn die Nutzung von Stellplätzen nicht bereits über die Zweitwohnungssteuer erfasst wird. Für eine sachgerechte Entscheidung sollten die dadurch zu erwartenden Aufwendungen für die Erhebung den zu erwartenden Erträgen für einen Zeitraum von 10 Jahren gegenübergestellt werden. Bei Gemeinden, die bereits eine Zweitwohnungssteuer erheben, sollte der Steuersatz für die Stellplatzsteuer für Dauercamper in entsprechender Höhe festgesetzt werden.	Keine Anwendung vor Ort
2.17	Erhebung von Strandbenutzungsgebühren für Einwohnerinnen und Einwohner in Tourismusgemeinden	Keine Anwendung vor Ort
2.18	Erhebung Kur- und Tourismusabgabe nach § 10 KAG von als Kur-, Erholungs- oder Tourismusort anerkannten Gemeinden	Keine Anwendung vor Ort
2.19	Erhebung angemessener Entgelte für Veranstaltungen der Kurbetriebe	Keine Anwendung vor Ort
2.20	Erhebung von Straßenbaubeiträgen; Verzicht auf Regelungen zu Eckgrundstücken; Ausschöpfung der gesetzlich zulässigen Höchstsätze als Anliegeranteil am beitragsfähigen Aufwand. Hierzu wird auf den Kommentar Habermann/Arndt Randnummer 213 ff. verwiesen; siehe auch Ziffer 4.10 dieses Erlasses	Straßenausbaubeitragsatzung ist durch Selbstverwaltung aufgehoben worden
2.21	Verzicht auf Eckgrundstücksvergünstigungen bei Erschließungsbeiträgen	Kein Verzicht
2.22	Erhebung von Ausgleichsbeiträgen für Sanierungsgebiete	Keine Anwendung vor Ort
2.23	Rechtzeitige Vorauszahlungen bei allen Arten von Beiträgen	Erfüllt

2.24	Maßvolles Entgelt für die Nutzung der Sporthalle für den Erwachsenensport (d. h. kein kostendeckendes Entgelt für den Erwachsenensport; für den Jugendsport wird ausdrücklich nicht erwartet, dass ein Entgelt erhoben wird; Kommunalbericht 2016 des Landesrechnungshofs)	Anwendung durch Verwaltungsgebührensatzung sichergestellt
2.25	Maßvolles Entgelt für Seniorenausflüge, Seniorenweihnachtsfeiern und ähnliche Veranstaltungen, die die Kommune durchführt	Sozialverträglicher Beitrag wird erhoben
2.26	Entschädigung für die Nutzung von Jugend- und Sportheimen	Erfüllt
2.27	Regelmäßige Überprüfung der Entgelte für die Nutzung der eigenen Räumlichkeiten der Kommune durch Dritte	Erfüllt
2.28	Kostendeckungsgrad kostenrechnender Einrichtungen, bei Volkshochschulen und Musikschulen grundsätzlich mindestens 65 % (Ausnahmen bei Volkshochschulen: Kurse zur Integration, Kurse zur Vorbereitung auf einen Abschluss, wie er bei allgemein bildenden Schulen abgelegt werden kann); bei Volkshochschulen sollen die Erträge aus den Kursgebühren jeweils mindestens das Dozentenonorar abdecken; bei Musikschulen sollen die Gebühren mindestens 90 % der Aufwendungen für die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter decken (Kommunalbericht 2013 des Landesrechnungshofs).	keine Einrichtungen vorhanden
2.29	Regelmäßige Überprüfung der in die Gebühren der kostenrechnenden Einrichtungen einfließenden Verwaltungskostenbeiträge der anderen Ämter der Kommune	keine Anwendung vor Ort
2.30	Mietanpassung, Veräußerung von Gebäuden	Ständiger Prüfungsprozess durch Fachamt
2.31	Anpassung der Pachten; bei Kleingartenpachtverträgen soll möglichst der Höchstbetrag nach § 5 Bundeskleingartengesetz erhoben werden; Nutzung von leerstehenden Flächen in Kleingartengebieten	Anpassung der Pachtzins ist in 2017-2020 erfolgt; hierbei wurden beide Kleingartennanlagen im Stadtgebiet Verein u. Stadt berücksichtigt.
2.32	Höhe der Erbbauzinsen, regelmäßige Anpassung	keine Anwendung vor Ort
2.33	Veräußerung landwirtschaftlicher Flächen, die nicht für Belange der Ortsentwicklung benötigt werden.	Ständiger Prüfungsprozess durch Fachamt
2.34	Veräußerung kleinerer Forstflächen, die nur einen geringen Ertrag, aber aufgrund ihrer Lage hohe Aufwendungen für die Verkehrssicherung verursachen.	Ständiger Prüfungsprozess im Fachamt
2.35	Veräußerung von sonstigem Vermögen	Ständiger Prüfungsprozess durch Fachämter, z.B. Zollauktionen für Gebrauchtfahrzeuge etc.
2.36	Bei der Übernahme von Bürgschaften Vereinnahmung einer Provision, die den Bürgschaftsvorteil voll abschöpft, soweit sich nicht nach den EU-Regelungen eine noch höhere Provision ergibt; Näheres hierzu siehe Erlass vom 10. Juli 2012 zur Gewährung von Bürgschaften	Derzeit keine Anwendung
2.37	Gewinnabführung Versorgungs- und Verkehrsbetriebe (s. a. Kommunalbericht 2021 des Landesrechnungshofs), siehe auch Ziffer 4.13	Neben der Konzessionsabgabe ergeben sich städtische Vorteile durch den Querverbund, z.B. Freibad-Defizit bei Stadtwerken
2.38	Optimierung des Forderungsmanagements (Prüfungsbericht „Forderungsmanagement in schleswig-holsteinischen Kommunen“ des Landesrechnungshofes vom 24. Juni 2014)	In Anwendung
2.39	Der Landesrechnungshof stellt für einige Schulträger Verbesserungsmöglichkeiten bei der Berechnung der Schulkostenbeiträge fest („Bericht über den Einfluss des demografischen Wandels auf ausgewählte Aspekte der kommunalen Daseinsvorsorge“ des Landesrechnungshofs vom 2. Juni 2017, Ziffer 3). Die Berechnungen der Schulkostenbeiträge sollten regelmäßig überprüft werden.	jährliche Neuberechnung
2.40	Die Bewirtschaftung von kommunalen Friedhöfen birgt ein hohes Einsparpotenzial. Die Kosten sollten jährlich ermittelt und eine kostendeckende Gebühr erhoben werden (Kostendeckungsgebot nach § 6 Absatz 2 KAG), Bericht zur „Wirtschaftlichkeit kommunaler Friedhöfe im Wandel der Bestattungskultur“ des Landesrechnungshofs vom 23. Mai 2022.	Friedhofersatzfläche vorhanden; keine aktuelle Bewirtschaftung

3. <u>Weitere Maßnahmen</u>		
3.1	Gemeindliche Gebietsänderungen, durch die die Zahl der Gemeinden verringert wird, finden ausschließlich freiwillig zwischen den beteiligten Gebietskörperschaften statt. Sie können einen wesentlichen Beitrag zur Wirtschaftlichkeit der Verwaltungen und damit zur Haushaltskonsolidierung leisten. Auf die Förderung nach § 24 FAG wird hingewiesen.	Derzeit keine Anwendung
3.2	Zusammenarbeit von Verwaltungen bei einzelnen Aufgabenbereichen, insbesondere von Verwaltungen des Umlandes von Zentralen Orten mit der Verwaltung des Zentralen Ortes	Zusammenarbeit über Verbände, Kiel-Region etc.
3.3	Zusammenarbeit der Kreise untereinander und mit kreisfreien Städten in Arbeitsbereichen, zum Beispiel im Bereich der Rechnungsprüfung, der Bußgeldstellen, der Personalverwaltung, im Bereich Soziales, dem Rettungsdienst, der Stiftungsaufsicht, der EDV und des Archivs; zum Bereich Rechnungsprüfung siehe ergänzend Ziffer 4.4 dieses Erlasses.	Ständiger Prüfungsprozess durch Fachämter
3.4	Zusammenarbeit des Rechnungsprüfungsamtes des Kreises mit den Rechnungsprüfungsämtern der kreisangehörigen Städte; siehe ergänzend hierzu Ziffer 4.4 dieses Erlasses	RPA durch Mitglieder HA
3.5	Zusammenarbeit der Landrätin und Landräte als untere Landesbehörden	Keine Anwendung vor Ort
3.6	Zusammenarbeit von Gemeinden bei der Unterhaltung von Einrichtungen (zum Beispiel Bauhof, Bibliotheken, Volkshochschule, Archiv), insbesondere von Gemeinden im Umland von Zentralen Orten mit dem Zentralen Ort; bei Ämtern: Einrichtung eines zentralen Bauhofs für die amtsangehörigen Ge-meinden, soweit nicht der Bauhof des Zentralen Ortes genutzt wird.	Berücksichtigung geographischer Besonderheiten vor Ort, derzeit kein Anpassungsbedarf
3.7	Um den Schulbetrieb wirtschaftlich planen zu können, sollte bei Schulträgern eine Schulentwicklungsplanung durchgeführt und regelmäßig aktualisiert werden. Ggfls. Zusammenarbeit von Schulträgern bei der Schulentwicklungsplanung für eine vorausschauende Anpassung kommunaler Schulangebote an die Entwicklungen der Schülerzahlen („Bericht über den Einfluss des demografischen Wandels auf ausgewählte Aspekte der kommunalen Daseinsvorsorge“ des Landesrechnungshofs vom 2. Juni 2017) (zusammengefasst mit der bisherigen Ziffer 3.57)	keine Anwendung vor Ort
3.8	Zusammenarbeit von Gemeinden und Kreisen im Bereich der Vollstreckung	In Anwendung
3.9	Kleineren Gemeinden empfiehlt der Landesrechnungshof, die Abwasserbeseitigung auf einen Verband zu übertragen oder zumindest mit anderen Trägern in der Kanalunterhaltung zusammenzuarbeiten (Kommunalbericht 2008 des Landesrechnungshofs).	Keine Mitgliedschaft in einen Verband, Abwasserbeseitigung wird in eigener Zuständigkeit geregelt
3.10	Zur Verbesserung der inneren Organisation empfiehlt der Landesrechnungshof, die Zahl der Ausschüsse durch Zusammenlegung des Hauptausschusses mit dem Finanz-, Wirtschaftsförderungs-, Eingaben- und Rechnungsprüfungsausschuss, des Bauausschusses mit dem Planungs-, Umwelt- und Kleingartenausschuss sowie des Schulausschusses mit dem Kultur- und Sportausschuss zu reduzieren (Hinweis zum Kleingartenausschuss: Es gibt keine rechtliche Verpflichtung mehr, Kleingartenausschüsse einzurichten; den Kommunen ist es freigestellt, ob sie solche Ausschüsse weiterhin vorhalten). Ein eigenständiger Personalausschuss ist nicht erforderlich. Personal- und Organisationsangelegenheiten sollten ausschließlich vom Hauptausschuss wahrgenommen werden. Bei kreisangehörigen Gemeinden einschließlich der kleineren Mittelstädte sind nach Auffassung des Landesrechnungshofs insgesamt drei Ausschüsse ausreichend. Danach können dem Hauptausschuss auch der Eigenbetriebs- bzw. Werksausschuss sowie dem Bauausschuss auch der Verkehrsausschuss und Ausschuss für öffentliche Sicherheit einschließlich Feuerwehrwesen zugeordnet werden. Der Sozialausschuss sollte mit dem Schulausschuss zusammengelegt und ihm sollten zudem die Jugend-, Senioren- und Städtepartnerschaftsangelegenheiten zugeordnet werden. Einzelne Vergaben sollten nicht in den Ausschüssen beraten werden, dort sind die grundsätzlichen Beschlüsse zu fassen.	Optimierung der Anzahl der Ausschüsse in den letzten Jahren erfolgt. Als Ergebnis ist Neustrukturierung z.B. Haupt- und Finanzausschuss zusammengelegt.

3.11	Der Landesrechnungshof empfiehlt eine Überprüfung der bestehenden Verwaltungsgliederung mit dem Ziel einer Straffung der Aufbauorganisation (zum Beispiel durch Zusammenlegung von Ämtern, Neuordnung von Sachgebieten, Zusammenlegung von Kleinstsachgebieten) und eine Anpassung an eine gestraffte Ausschusstruktur.	Ständiger Prüfungsprozess durch Fachämter u. BGM
3.12	Verzicht auf Ausschöpfung der Höchstsätze für Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder, Überprüfung weiterer Pauschalen	
3.13	Verzicht auf Beratung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans in den Ausschüssen vor der Beratung in der Gemeindevertretung, insbesondere bei Nachträgen	Informationsbedarf der Fachausschüsse besteht und ist deshalb erforderlich
3.14	Beteiligung der kreisangehörigen Gemeinden, in denen Radwege an Kreisstraßen gebaut werden, an den vom Kreis zu tragenden Kosten und Berücksichtigung dieser Beteiligung bei der Festsetzung der Prioritäten für den Bau der Radwege an Kreisstraßen. Dadurch wird den Kreisen ermöglicht, dass sie ihre mehrjährigen Planungen zum Bau von Radwegen ohne bzw. ohne wesentliche Abstriche umsetzen können. Dies liegt im Interesse der Verkehrssicherheit, der Beschäftigung der Bauwirtschaft und letztlich auch der kreisangehörigen Gemeinden, in denen Radwege gebaut werden sollen.	findet keine Anwendung vor Ort
3.15	Überprüfung des Kostendeckungsgrades im Bereich der unteren Bauaufsicht – Zahl der Stellen, Effizienz des Personals, Erträge (Kommunalbericht 2013 des Landesrechnungshofs)	findet keine Anwendung vor Ort
3.16	Überprüfung der Wirtschaftlichkeit des kommunalen Wohnungsbestandes (Kommunalbericht 2005 des Landesrechnungshofs)	liegt durch jährliche Berichte des externen Dienstleisters vor.
3.17	Überprüfung der Wirtschaftlichkeit des Bauhofes (Kommunalbericht 2005 des Landesrechnungshofs)	Organisationsuntersuchung erfolgte im Jahr 2023; Empfehlungen tlw. in Umsetzung
3.18	Überprüfung der Wirtschaftlichkeit des Schwimmbades und Erhebung eines maßvollen Entgeltes für die Nutzung des Schwimmbades durch Vereine (Kommunalberichte 2005 und 2016 des Landesrechnungshofs)	Eigenes städtisches Schwimmbad nur als Lehrschwimmbad im Betrieb vorhanden, Freibad wird durch die Stadtwerke betrieben
3.19	Überprüfung der Wirtschaftlichkeit des Einsatzes von Informationstechnik; Verbesserung durch aufbau- und ablauforganisatorische Maßnahmen sowie durch eine stärkere interkommunale Zusammenarbeit (Kommunalbericht 2008 des Landesrechnungshofs)	Migration zu Dataport AöR erfolgt
3.20	Überprüfung, inwieweit durch Organisationsänderungen der Zuschussbedarf kommunaler Musikschulen verringert werden kann (Kommunalbericht 2008 des Landesrechnungshofs)	Keine Anwendung vor Ort
3.21	Überprüfung der Wirtschaftlichkeit kommunaler Sportboothäfen (Kommunalbericht 2008 des Landesrechnungshofs)	Keine Anwendung vor Ort
3.22	Überprüfung, inwieweit die Betreuung für Kinder bis zum 3. Lebensjahr durch Tagespflegepersonen wahrgenommen werden kann; der Landesrechnungshof stellt hierzu fest, dass dies gegenüber den Ausgaben für die institutionalisierte Kinderbetreuung finanziell günstiger ist (Kommunalberichte 2008 und 2013 des Landesrechnungshofs).	erfolgt
3.23	Übertragung der technischen und kaufmännischen Betreuung aller kommunaler Liegenschaften an ein zentrales Gebäudemanagement (Kommunalbericht 2013 des Landesrechnungshofs); Einschaltung von freiberuflich Tätigen im Bereich Hochbau, soweit delegierbare Bauherrenleistungen wahrgenommen werden, Vorbereitung und Abwicklung der Verträge mit Freiberuflerinnen und Freiberuflern durch das Gebäudemanagement. Weitere Empfehlungen zum Gebäudemanagement gibt der Landesrechnungshof im Kommunalbericht zum Gebäude- und Energiemanagement in den Kommunen vom 30. September 2022.	Ständiger Prüfungsprozess durch Fachämter u. BGM
3.24	Regelmäßige und gebündelte Ausschreibung von Wartungsverträgen für technische Anlagen; z. B. Aufzüge, Förderanlagen, Hebezeuge, Kälte-, Heizungs- und Warmwasserbereitungsanlagen.	Zur Kenntnis genommen
3.25	Überprüfung aller alten Bebauungspläne dahingehend, ob durch einen Verzicht darin enthaltener Festlegungen bisher vorzunehmende aufwendige Befreiungen von den Festlegungen entfallen können; Aufgaben der Stadtplanung an freischaffende Stadtplaner vergeben.	Erfordernis zur Aufstellung, Änderung oder Aufhebung von Bebauungsplänen wird durch die Verwaltung laufend geprüft. Eine Anpassung der Bauleitpläne ist derzeit weder städtebaulich erforderlich und wegen des geringen Anfalls von Abweichungs-/Befreiungsanträgen nicht wirtschaftlich. Aufgaben der Stadtplanung werden durch Planungsbüros unterstützt.

3.26	Überprüfung der Gewährung von Leistungen für Kosten der Unterkunft (KdU): unter anderem Einhaltung der Mietobergrenze und der Obergrenze für Heizkosten, Heiz- und Betriebskostenabrechnung sowie Sicherstellung, dass eventuelle Erstattungen auch die kommunalen Leistungen verringern; siehe hierzu im Einzelnen Kommunalbericht 2011 und Handreichung des Landesrechnungshofs zu seiner Querschnittsprüfung.	Zur Kenntnis genommen
3.27	Prüfung einer teilweisen oder vollständigen Zusammenlegung von Schul- und Gemeindebibliotheken; bei einer teilweisen Zusammenlegung könnte die Gemeindebibliothek die Aufgaben der Beschaffung und Ausleihe der Lernmittel an die Schülerinnen und Schüler übernehmen.	Zur Kenntnis genommen
3.28	Zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Bibliotheken sollte eine Anpassung der Öffnungszeiten an die publikumsstarken Öffnungszeiten des Einzelhandels geprüft werden (Öffnung nicht vor 10 Uhr, eventuell sogar erst ab 11 Uhr). Zahlreiche Bibliotheken haben als Reaktion auf die Nachfrage am Mittwoch geschlossen, einige am Montagvormittag. Zudem sollte in großen und mittelgroßen Bibliotheken geprüft werden, ob die Nutzung eines automatischen Verbuchungssystems und/oder Gebührenautomaten wirtschaftlich ist (Kommunalbericht 2011 des Landesrechnungshofs).	erfolgt
3.29	Bei dem Betrieb von öffentlichen Bibliotheken, Museen etc. Überprüfung, in-wieweit der Einsatz ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglich ist. Nach § 3 Absatz 2 Bibliotheksgesetz sollen öffentliche Bibliotheken hauptamtlich von bibliothekarischen Fachkräften geführt werden. Unbeschadet davon können bibliothekarische Nebenstellen insbesondere in größeren Städten durch den Einsatz von ehrenamtlichen Kräften flankierend unterstützt werden.	Zur Kenntnis genommen
3.30	Zur vollständigen Erhebung der Hundesteuer kann eine Hundebestandserhebung zweckmäßig sein. Laut Erhebungen des Landesrechnungshofs rentieren sich Kosten der Hundebestandsaufnahmen überwiegend nach einem Jahr, spätestens nach fünf Jahren. Eine rechtliche korrekte Durchführung der Bestandsaufnahme ist zu beachten. Ein etwaiger externer Datenerfasser ist sorgfältig auszuwählen.	Überprüfung bei ca. 1.000 gemeldeten Hunden nicht erforderlich
3.31	Die Bundeszollverwaltung bietet für öffentliche Dienststellen die Möglichkeit einer Versteigerung von Pfandsachen, Verwaltungsgegenständen und Fundsachen an. Mit dieser sogenannten „Zoll-Auktion“ werden die Gegenstände im Internet unter www.zoll-auktion.de versteigert. Zahlreiche Städte und Gemeinden nutzen dieses Angebot bereits. Als Vorteile wurden genannt: höhere Erlöse, Reduzierung der Lagerkosten.	In Anwendung
3.32	Überprüfung der kommunalen Gebäudereinigung; der Landesrechnungshof stellt hierzu fest, dass Fremdreinigung eindeutig wirtschaftlicher ist als Eigenreinigung (Kommunalbericht 2016 des Landesrechnungshofs)	Im Bereich der Gebäudereinigung wird lediglich eine Person beschäftigt. Mehrzahl der Leistungen ist fremdvergeben.
3.33	Überprüfung der Reinigungsintervalle bei der Straßenreinigung und Gebäudereinigung	erfolgt
3.34	Überprüfung der Standards bei der Pflege öffentlicher Grünflächen; Prüfung einer Einbindung von Vereinen und Anliegern in die Pflege der Grünflächen	In Anwendung
3.35	Verzicht auf Errichtung einer rechtsfähigen kommunalen Stiftung, soweit dies der Kommune nicht ausdrücklich von dritter Seite, zum Beispiel durch Erblasserin oder Erblasser, aufgegeben worden ist. Bei rechtsfähigen kommunalen Stiftungen sind ein gesonderter Haushaltsplan und ein gesonderter Jahresabschluss zu erstellen. Der Jahresabschluss unterliegt wie der Jahresabschluss des Gemeindehaushalts der Prüfung nach § 92 GO. Dies führt zu zusätzlichen Kosten. Auf § 88 Absätze 3 und 4 GO wird hingewiesen.	Keine Anwendung vor Ort
3.36	Bei Schulträgern mehrerer Schulen Bildung eines Hausmeisterteams, das schulübergreifend eingesetzt wird, statt Zuordnung eines Hausmeisters oder einer Hausmeisterin zu je einer Schule. Vorteile: Reduzierung des Personalaufwands und Bereitstellung unterschiedlicher handwerklicher Qualifikationen.	In Anwendung
3.37	Verzicht auf Ausgliederungen aus dem Haushalt. Ein wesentlicher Vorteil der Doppik liegt darin, dass die Gemeinde und die Gesellschaften sowie die Sondervermögen der Gemeinde denselben Rechnungsstil anwenden. Damit entfällt ein wesentliches Argument für Ausgliederungen, durch die Anwendung der kaufmännischen Buchführung eine höhere Transparenz für den ausgegliederten Bereich zu erhalten. Dafür treten die Argumente gegen eine Ausgliederung stärker in den Vordergrund: zusätzliche Kosten für die Erstellung eines Wirtschaftsplans, die Erstellung und die Prüfung eines gesonderten Jahresabschlusses sowie die Verringerung der Transparenz über die finanzielle Gesamtsituation der Gemeinde, deren Wiederherstellung über einen Gesamtabschluss zu einem späteren nach Abschluss des Jahres liegenden Zeitpunkt zusätzliche Kosten verursacht.	Erfüllt, da kein Eigenbetrieb
3.38	Prüfung einer Wiedereingliederung von Einrichtungen, die nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung geführt werden (§ 101 Absatz 4 GO), von Kommunalunternehmen (§ 106 a GO) und von Eigengesellschaften. Zur Begründung wird auf Ziffer 3.38 dieses Erlasses hingewiesen.	Erfüllt, da kein Eigenbetrieb
3.39	Soweit trotz Empfehlung nach Ziffer 3.39 Einrichtungen, die nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung geführt werden (§ 101 Absatz 4 GO), und Kommunalunternehmen (§ 106 a GO) nicht aufgelöst werden, wird empfohlen, zeitnah zur Umstellung der Haushaltswirtschaft der Gemeinde auf eine Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung auch die Haushaltswirtschaft der vorgenannten Einrichtungen auf die doppelte Buchführung nach der GemHVO-Doppik umzustellen.	Erfüllt, da kein Eigenbetrieb

3.40	Einbeziehung der Sondervermögen, Kommunalunternehmen (§ 106 a GO), Regionalen Bildungszentren und Gesellschaften in die Haushaltskonsolidierung durch Prüfung der Möglichkeiten einer - Verbesserung der Ertragslage - Erhöhung der Gewinnabführungen an den Haushalt - Reduzierung des Zuschussbedarfs aus dem Haushalt und - Rückführung verlustträchtiger Geschäftsbereiche. Der Landesrechnungshof empfiehlt hierzu, Zielvereinbarungen mit den Geschäftsführungen zu schließen, die konkrete Einsparvorgaben enthalten und eine Berichtspflicht über die Umsetzung dieser Vorgaben vorsehen.	Zur Kenntnis genommen, die städtische Vorteile durch den Querverbund, z.B. Freibad-Defizit bei Stadtwerken stehen im Vordergrund
3.41	Um die Arbeitseffizienz von Aufsichtsräten kommunaler Beteiligungsgesellschaften zu gewährleisten, empfiehlt der Landesrechnungshof, die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder auf 7, höchstens 9 zu beschränken (Kommunalbericht 2008 des Landesrechnungshofs).	Findet Berücksichtigung; nur 6 Mitglieder im Aufsichtsrat
3.42	Begrenzung haushaltswirtschaftlicher Risiken durch Rückführung der übernommenen Bürgschaften	Ausreichende Begrenzung der Anzahl der übernommenen Bürgschaften
3.43	Verbesserung des Qualitätsmanagements bei Straßenmarkierungen (Bemerkungen 2011 des Landesrechnungshofs)	Zur Kenntnis genommen
IV u	Abbau überflüssiger Verkehrszeichen. Der Landesrechnungshof geht davon aus, dass bis zu 30 % aller Verkehrszeichen abgebaut und die Kosten für die Straßenunterhaltung dadurch reduziert werden können (Bemerkungen 2014 des Landesrechnungshofs).	In Anwendung
3.45	Soweit eine Gemeinde beabsichtigt, ihre Hebesätze zu verändern, und davon ausgehen muss, dass sie nicht zu Beginn des Jahres eine beschlossene und in Kraft getretene Haushaltssatzung haben wird, wird empfohlen, vor Verabschiedung des Haushalts zur	In Anwendung (siehe Grundsteuerreform 2024)
3.46	Bei ÖPP-Maßnahmen sind die Ausführungen im Runderlass zu § 87 der Gemeindeordnung – Kredite – vom 1. Februar 2022 zu berücksichtigen. Auf die Ausführungen im gemeinsamen Erfahrungsbericht zu ÖPP-Projekten vom 14. September 2011, herausgegeben von den Präsidentinnen und Präsidenten der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder (veröffentlicht auf der Internetseite des Landesrechnungshofs) wird hingewiesen.	In Anwendung / Konkretisierung im Einzelfall nach Prüfung
3.47	Festsetzung der Steuersätze für die Hunde-, Zweitwohnungs- und Spielgerätesteuern über die Mindestsätze nach Ziffer 2.1, 2.2 und 2.3 dieses Erlasses hinaus. Auf Anlage 12 des Berichts über die Finanzsituation der Kommunen in Schleswig-Holstein wird hingewiesen (siehe Seite 1 Fußnote 4).	erfüllt
3.48	Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer A, Grundsteuer B und Gewerbesteuer über die Mindestsätze für die Gewährung von Fehlbetragszuweisungen nach der Richtlinie zur Gewährung von Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen hinaus. Auf die Anlagen 10 und 12 des Berichts über die Finanzsituation der Kommunen in Schleswig-Holstein wird hingewiesen (siehe Seite 1 Fußnote 4)	erfüllt
3.49	Verbesserung im Bereich der sozialen Beratungsstellen, zum Beispiel durch Vereinbarungen für die Erfassung der Fallzahlen, in der Erziehungsberatung, der Gestaltung der Verträge in der Schuldnerberatung und Überprüfung von Überschneidungen mit anderen Beratungsstellen (Kommunalbericht 2013 des Landesrechnungshofs)	Keine Anwendung vor Ort
3.50	Vorgabe von Leistungsstandards für die bezuschussten Suchtberatungsstellen (Kommunalbericht 2013 des Landesrechnungshofs)	Keine Anwendung vor Ort
3.51	Soweit eine Kommunalverwaltung Außenstellen unterhält, sollte ein möglicher Verzicht auf Außenstellen geprüft werden. Soweit ein Verzicht nicht möglich scheint, bietet sich gegebenenfalls eine Reduzierung der personellen Besetzung und Öffnungszeiten an.	Betrieb der Außenstelle auf Grund geographischer Besonderheiten derzeit als notwendig angesehen
3.52	Bei Ämtern und Gemeinden, die an der Verwaltungsstrukturreform teilgenommen haben, Prüfung, ob die dadurch möglichen Einsparungen bereits realisiert worden sind (Bericht des Landesrechnungshofs „Ergebnis der Verwaltungsstrukturreform im kreisangehörigen Bereich“ vom 11. Februar 2014).	Synergieeffekte mit Verwaltungsgemeinschaft Amt Selent-Schlesien sind vorhanden, werden gesehen und laufend optimiert
3.53	Aufnahme einer Übersicht über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde aus Gründen der Transparenz als Seite 1 im Vorbericht zum Haushalt (s. Anlage)	In Anwendung ab HH 2026
3.54	Der Landesrechnungshof empfiehlt eine zentrale Bearbeitung aller Kreditangelegenheiten. Dies kann den wirtschaftlichen Aufwand reduzieren und zeitliche Vorteile in der Aufnahme und Verwaltung der Kredite generieren.	In Anwendung
3.55	Der Landesrechnungshof empfiehlt eine bundesweite Abforderung von Angeboten für Kassen- und Investitionskredite. Dies führt häufig zu wirtschaftlich günstigeren Konditionen.	In Anwendung

3.56	Der Landesrechnungshof hat Erkenntnisse, dass die beschränkte Ausschreibung gegenüber einer öffentlichen Ausschreibung keinerlei Vorteil hat. Die öffentliche Ausschreibung führt zu größtmöglichem Wettbewerb und somit nach allen Erfahrungen zu den wirtschaftlichsten Angeboten, ist mittelstandsfreundlich und am wenigstens korruptionsanfällig.	Zur Kenntnis genommen
3.57	Der Landesrechnungshof empfiehlt für die Schottertragschicht beim Straßenbau, den Einsatz aus nachhaltigen Materialien wie zum Beispiel Betonrecycling zu prüfen (nach den Anforderungen der technischen Vorschriften als Schottertragschicht oder Frostschuttschicht aufbereitet) und auf den unwirtschaftlichen und nicht nachhaltigen Natursteinschotter zu verzichten.	In NSG und LSG ist ein Einbau von Naturschottermaterial häufig nicht zu umgehen; aber außerhalb von Schutzgebieten erfolgt der Einsatz von Recycling-Material bereits.
3.58	Der Landesrechnungshof weist darauf hin, dass Personal die wichtigste Ressource ist. Der Einsatz verschiedener Personalmanagementinstrumente trägt dazu bei, dass Kommunen ein wirtschaftliches und modernes Personalmanagement betreiben und fortentwickeln können. Mehr dazu im Sonderbericht des Landesrechnungshofes zur Wirtschaftlichkeit des Personalmanagements in Kommunen über 20.000 Einwohner vom 21. Juni 2022.	Wird genutzt und laufend angepasst und erweitert
3.59	Der Landesrechnungshof empfiehlt einen jährlichen Anteil des Personal-aufwands von 25 % am Gesamtaufwand eines kommunalen Haushaltes (Sonderbericht des Landesrechnungshofes zur Wirtschaftlichkeit des Personalmanagements in Kommunen über 20.000 Einwohner vom 21. Juni 2022).	Personalaufwand (inkl. Versorgungsaufwendungen) ist derzeit bei 21,5 % (Haushalt 2025)
4. Hinweise		
4.1	Zuschüsse und Beiträge für „übergemeindliche“ Einrichtungen werden grundsätzlich anerkannt (zum Beispiel Zuschüsse für Wirtschaftsförderungsgesellschaften des Kreises, Beiträge an kommunale Landesverbände, Fachverbände der Kämmerer, Kassenverwalter usw., Beiträge an den Verein Nordfriesisches Institut, Zuweisungen an Schwarzdeckenunterhaltungsverbände, Umlagen an Wasser- und Bodenverbände, Zuschüsse an Büchereiverein, Einrichtungen der dänischen Minderheit oder an das Landestheater).	In Anwendung
4.2	Die Bereitstellung von Mitteln in angemessener Höhe für die Kameradschaftspflege in der Feuerwehr wird anerkannt.	In Anwendung
4.3	Eine Beschränkung der Bauunterhaltungsmittel kann für das Ziel einer mittelfristigen Haushaltskonsolidierung kontraproduktiv sein. Zur Bedeutung und Höhe angemessener Bauunterhaltungsmittel wird auf die Kommunalberichte 1999 und 2013 des Landesrechnungshofs verwiesen.	HH-Mittel werden nach Bedarf angemeldet.
4.4	Personaleinsparungen im Bereich der Rechnungsprüfung (Rechnungsprüfungsämter und Gemeindeprüfungsämter) können für das Ziel einer mittelfristigen Haushaltskonsolidierung kontraproduktiv sein. Gerade in Zeiten schwieriger Haushaltssituation leisten quantitativ ausreichend besetzte Rechnungs- und Gemeindeprüfungsämter, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch ständige Fortbildung gut qualifiziert sind, einen wesentlichen Betrag zu einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung. Vor diesem Hintergrund kann im Einzelfall auch eine Personalaufstockung angezeigt sein.	In Anwendung, RPA durch HA
4.5	Übertragene Aufwendungen und die dazugehörigen Auszahlungen für die Bauunterhaltung werden grundsätzlich anerkannt. Dies gilt auch für übertragene Aufwendungen und die dazugehörigen Auszahlungen, für die am 31.12. des jeweiligen Jahres dem Grunde nach bereits eine rechtliche Verpflichtung zur Leistung der Aufwendungen und der dazugehörigen Auszahlungen bestand (zum Beispiel erteilte Aufträge; Gewerbesteuerumlage für höhere Erträge und Einzahlungen bei der Gewerbesteuer im 4. Quartal; freiwillige Leistungen, die erst im Folgejahr abgerechnet werden, soweit diese anerkannt werden).	In Anwendung; Einzelfallprüfung

4.6	Kassenkreditzinsen werden grundsätzlich anerkannt, auch wenn sie aufgrund von Fehlbeträgen entstanden sind.	In Anwendung
4.7	Aufwendungen für die Gewährung von Leistungsprämien an Beamtinnen und Beamte werden als unvermeidlich anerkannt.	In Anwendung
4.8	Förderprogramme der Kreise für Vereine und Verbände sehen zum Teil eine Mitleistung der Gemeinden vor. Es wird empfohlen, hierbei die besondere Situation in Gemeinden, die auf Fehlbetragszuweisungen angewiesen sind, zu berücksichtigen, damit die Vereine und Verbände in diesen Gemeinden auch dann eine Förderung des Kreises erhalten können, wenn eine Mitleistung der Gemeinde nicht möglich ist.	Zur Kenntnis genommen
4.9	Fördervoraussetzung für die Gewährung von Fehlbetragszuweisungen: Die Hebesätze müssen im Antragsjahr in der vorgegebenen Höhe festgelegt sein (Ziffer 2.3.1 der Richtlinie zur Gewährung von Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen). Waren in dem Jahr, in dem der Fehlbetrag entstanden ist, die Hebesätze nicht in der für dieses Jahr vorgegebenen Höhe festgelegt, werden vom Gemeindeprüfungsamt die Ertragsausfälle errechnet und diese bei der Berechnung des unvermeidlichen Fehlbetrages nicht anerkannt	Hebesätze erfüllen die Voraussetzung für 2025
4.10	Sofern die Erhebung von Straßenbaubeiträgen gesetzlich vorgeschrieben ist, ist Voraussetzung für eine Förderung von Straßenbaumaßnahmen von Gemeinden durch Sonderbedarfszuweisungen nach § 13 FAG die Erhebung von Beiträgen entsprechend Ziffer 2.20 dieses Erlasses oder entsprechender wiederkehrender Beiträge sowie der Verzicht auf Vergünstigungen für Eckgrundstücke.	Verzicht auf Straßenausbaubeiträge wurde politisch beschlossen.
4.11	Sofern die Erhebung von Straßenbaubeiträgen gesetzlich vorgeschrieben ist, führt ein Verzicht auf Erhebung der höchst möglichen Straßenbaubeiträge über den höheren Kreditbedarf wegen der damit verbundenen Zinsbelastung auch zu einer Erhöhung des Jahresfehlbetrags, die nicht unabweisbar ist. Aus verwaltungsökonomischen Gründen wird daher bei einer Gemeinde, die die Straßenbaubeiträge nicht in der erwarteten Höhe erhebt, für die Jahre, in denen die Erhebung von Straßenbaubeiträgen gesetzlich vorgeschrieben ist, der Jahresfehlbetrag in Höhe der in dem Haushaltsjahr entgangenen Einzahlungen vermindert, um zu dem unabweisbaren Jahresfehlbetrag zu gelangen.	Verzicht auf Straßenausbaubeiträge wurde politisch beschlossen.
4.12	Gemäß KiTa-Reform-Gesetz vom 12. Dezember 2019 (GVOBl. Schl.-H. Seite 759, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Juni 2023 (GVOBl. Schl.-H. Seite 286), müssen die Standortgemeinden, bei freien Trägern im Rahmen der Finanzierungsvereinbarungen, sicherstellen, dass der Betrieb der Kindertageseinrichtungen unter Einhaltung der gesetzlich vorgesehenen Standards gewährleistet werden kann. Darüber hinaus ist es allen Gemeinden möglich, ergänzende Förderungen nach § 16 Abs. 1 KiTaG (neu) bereitzustellen. Im Rahmen der Fehlbetragszuweisung gelten diese als freiwillig und können daher nicht ausgeglichen werden. Landesmittel, die im Rahmen der KiTa-Reform gewährt wurden, werden nicht gegengerechnet, sondern verbleiben den Standortgemeinden zur Verfügung. Sie können ohne Auswirkung auf die Fehlbetragszuweisung auch dafür eingesetzt werden, dass die Elternbeiträge in Höhe der entsprechenden Landesmittel unter den Höchstbeträgen liegen.	Zur Kenntnis genommen
4.13	Bei Eigenbetrieben wird eine Gewinnabführung an die Kommune in Höhe von mindestens 50 % erwartet; entsprechende Anwendung bei allen weiteren ausgegliederten Einheiten.	Eigenbetriebe sind nicht vorhanden